

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Smartphones verantwortungsvoll einsetzen – Schulen bei der Medienbildung stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Smartphones und digitale Endgeräte sind aus dem Alltag von jungen Menschen nicht mehr wegzudenken und spielen eine zentrale Rolle in der Informationsbeschaffung und im Sozialleben. Das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs hiermit wird deshalb zu einer zentralen Zukunftskompetenz.
2. Schule hat den Auftrag, junge Menschen unabhängig von ihrem Elternhaus bestmöglich auf ihre Zukunft vorzubereiten, was den kompetenten und reflektierten Umgang mit digitalen Medien einschließt.
3. Eine unkontrollierte und unbegleitete Nutzung von Smartphones im geschützten Raum Schule kann negative Auswirkungen auf Konzentration, Sozialverhalten und psychisches Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern haben.
4. Ein pauschales Verbot von Smartphones im schulischen Kontext verschiebt die Probleme lediglich in den privaten Raum und verhindert nicht deren missbräuchliche oder ungesunde Nutzung.
5. Schulen benötigen Handlungsspielräume, um medienpädagogische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die Kinder und Jugendliche altersgerecht bei einer verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien unterstützen.
6. Lehrkräfte müssen durch hochwertige, flexible und bedarfsgerechte Fortbildungen unterstützt werden, um ihre Rolle als Begleiter und Vermittler in der digitalen Welt ausfüllen zu können.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. verstärkt bedarfsgerechte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bereitzustellen, die praxisnahe Inhalte und Methoden zur Nutzung von digitalen Endgeräten in Schule und Unterricht vermitteln.
2. die Medienbildung in Schulen kontinuierlich weiterzuentwickeln, um Schülerinnen und Schülern ein altersgerechtes, zeitgemäßes und praxisnahes Verständnis für digitale Medien zu vermitteln.
3. eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Konzepten zur Smartphone-nutzung an weiterführenden Schulen zu initiieren, um deren Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.
4. Schulen die Freiheit zu geben, eigenverantwortlich und flexibel Regelungen zur Smartphone-nutzung zu entwickeln, die sowohl pädagogische, personelle als auch organisatorische Gesichtspunkte vor Ort berücksichtigen.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Smartphones gehören zu der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. 93 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren besitzen ein eigenes Smartphone und 90 Prozent sind jeden Tag online (vgl. JIM-Studie 2024). 85 Prozent der 6- bis 18-Jährigen greifen mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von gut zwei Stunden täglich zum Smartphone (vgl. bitkom Jugendstudie 2024). Das zeigt, dass Smartphones eine wichtige Rolle im Alltag junger Menschen spielen. Somit müssen sie in der schulischen Bildung angemessen berücksichtigt werden. Denn ein pauschales Smartphoneverbot in Schule und Unterricht verschiebt die Aufgabe der altersgerechten, hochwertigen Medienbildung in den privaten Raum und lässt Familien damit allein. Da gute (Medien-)Bildung jedoch nicht vom Elternhaus abhängig sein darf, muss diese zwingend systematisch in der Schule stattfinden.

Lehrkräfte und pädagogisches Personal stehen vor der Herausforderung, Schülerinnen und Schüler nicht nur im Umgang mit digitalen Endgeräten fit zu machen, sondern ihnen auch kritisch reflektierte Medienkompetenz zu vermitteln. Dazu gehören neben der Medien-nutzungskompetenz die Fähigkeit zur Informationsbewertung, Datenschutzbewusstsein, ein verantwortungsvoll kritischer, pädagogisch begleiteter und kreativer Umgang mit digitalen Technologien, der die Schülerinnen und Schüler schrittweise an einen reflektierten Umgang mit digitalen Endgeräten heranführt. Um diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden, sollten Schulen digitale Medien sinnvoll in den Schulalltag und Unterricht integrieren, Lehrkräfte entsprechend flexibel und hochwertig aus- und weitergebildet und eine adäquate technische Infrastruktur bereitgestellt werden. So kann sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler auf eine digitalisierte Arbeits- und Lebenswelt vorbereitet werden.

Dies ist besonders relevant, da 40 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler nur rudimentäre digitale Kompetenzen aufweisen und im Hinblick auf digitale Kompetenzen im Vergleich zu den Untersuchungen in den Jahren 2013 und 2018 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war (vgl. ICILS 2023). Um junge Menschen bestmöglich im souveränen Umgang mit digitalen Medien zu unterstützen und ihre Medienkompetenz stärken zu können, benötigen Lehrerinnen und Lehrer fundierte Kenntnisse im Bereich der Medienbildung. Dafür sind hochwertige, flexible, praxisnahe und bedarfsgerechte Fortbildungsangebote essenziell, die sie nicht nur mit technischem Know-how ausstatten, sondern auch pädagogische und didaktische Inhalte umfassen, um digitale Medien sinnvoll in den Unterricht zu integrieren. Daher müssen verstärkt bedarfsgerechte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bereitgestellt werden.

Um Schulen die Freiheit zu geben, eigenverantwortlich, bedarfsgerecht und flexibel Regelungen zur Smartphonennutzung zu entwickeln, möchten wir ihnen die notwendige Entscheidungsfreiheit geben, um individuell angepasste Konzepte zu erarbeiten, die sowohl pädagogische, personelle als auch organisatorische Gesichtspunkte vor Ort berücksichtigen. Dabei sollen Schulen in der Lage sein, altersgerechte und didaktisch sinnvolle Nutzungskonzepte zu gestalten, die den Bildungsauftrag unterstützen, das soziale Miteinander fördern und gleichzeitig auf die spezifischen Herausforderungen und Bedürfnisse der Schulgemeinschaft eingehen. Gleichzeitig ist es erforderlich, eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Konzepten zur Smartphonennutzung an weiterführenden Schulen zu initiieren, um deren Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. So kann sichergestellt werden, dass die entwickelten Ansätze zielführend sind.